
Der Realität ins Auge sehen: Frauenrechte und der Kampf gegen HIV/AIDS

Die weltweite HIV-/AIDS-Pandemie wirkt sich katastrophal auf Frauen und Mädchen aus. In den letzten Jahren ist die Zahl der HIV-Infektionen unter der weiblichen Bevölkerung allgemein gestiegen. In Afrika südlich der Sahara sind nahezu 60 Prozent der mit HIV infizierten Personen Frauen und Mädchen. In einigen Ländern sind die HIV-Infektionsraten bei Mädchen um ein Vielfaches höher als bei Jungen. Die steigende Zahl der HIV-Infektionen unter Frauen und Mädchen steht in direktem Zusammenhang mit der gegen sie ausgeübten Gewalt und ihrem ungleichen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Status.

Menschenrechtsverletzungen an der weiblichen Bevölkerung behindern den Zugang zu HIV-/AIDS-Informationen und Dienstleistungen, wie Tests und Behandlungen. Die Frauen und Mädchen, die dennoch HIV-Hilfe erhalten, müssen oft erleben, dass vertrauliche Ergebnisse von HIV-Tests ohne deren Zustimmung weitergegeben werden. Dies führt dazu, dass Frauen in ihrem sozialen Umfeld geächtet und von ihren Intimpartnern misshandelt werden.

Weltweit tragen Regierungen zu wenig zur Kampagne gegen die Verletzung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen bei. Dadurch sind diese einem erhöhten Risiko ausgesetzt, mit HIV infiziert zu werden. In die falsche Richtung zielende HIV/AIDS-Programme und -Politik ignorieren die brutale Realität, in der viele Frauen und Mädchen leben. So lange Regierungen keine Gesetze gegen häusliche Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe und den sexuellen Missbrauch von Mädchen erlassen, keine gleichen Eigentumsrechte für Frauen schaffen und Bräuche und Traditionen dulden, mit denen Frauen unterdrückt werden, ermöglichen sie es, dass Frauen und Mädchen weiterhin an HIV/AIDS sterben.

Menschenrechtsverletzungen werden durch HIV/AIDS noch tödlicher

Human Rights Watch hat weltweit Hunderte von Frauen und Mädchen befragt, die mit HIV infiziert sind. Ihre Aussagen sind erschütternd und reichen von Menschenhandel bis Massenvergewaltigung während Kriegszeiten. Der vorliegende Bericht stellt die Verbindung zwischen HIV/AIDS und den Verletzungen der Menschenrechte von Frauen und Mädchen her:

- häusliche Gewalt, einschließlich Vergewaltigung in der Ehe,

**Die Frauenrechts-
abteilung von
Human Rights
Watch dokumentiert
Verletzungen der
Menschenrechte
von Frauen und
drängt auf weltweite
Veränderungen.**

**Die Verletzung der
Menschenrechte
von Frauen und
Mädchen bedeutet
für sie ein höheres
HIV- und AIDS-
Risiko.**

- Verletzung der Eigentums- und Erbrechte,
- die nachteiligen traditionellen Praktiken wie Brautpreise, Witwenerbe und rituelle sexuelle „Reinigungen“ sowie
- der sexuelle Missbrauch von Mädchen.

Diese Misshandlungen werden von Familienangehörigen verübt und von Regierungen toleriert. Sie gehören zu den tiefgreifendsten und gefährlichsten Missbräuchen von Frauen und Mädchen. In Verbindung mit HIV/AIDS können sie tödlich sein.

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist nicht nur unmenschlich, sondern für Frauen der Hauptgrund für ihr HIV-Risiko. Frauen ist es kaum möglich, sich Sex mit ihrem Ehemann zu widersetzen und auf die Treue des Partners oder die Verwendung von Kondomen zu bestehen. Dennoch versagen viele Länder kläglich, wenn es darum geht, häusliche Gewalt zu verhindern, strafrechtlich zu verfolgen und den Überlebenden ärztliche oder juristische Hilfe zu leisten. Die meisten Länder erkennen nicht einmal die Verbindung mit HIV/AIDS an. Vergewaltigung in der Ehe wird selten als Straftat geahndet.

Vergewaltigung durch den Ehemann wird kaum als Straftat geahndet.

Human Rights Watch hat zahlreiche Frauen in allen Teilen Afrikas und der Karibik befragt. Viele von ihnen gaben an, häusliche Gewalt und Vergewaltigung durch den Ehemann habe zu ihrer HIV-Infektion beigetragen. Hadija Namaganda lebt in Uganda und ist mit HIV infiziert. Sie erzählte Human Rights Watch, dass ihr Ehemann sie oft zu ungeschütztem Verkehr gezwungen und sie brutal geschlagen habe. Er sei HIV-positiv. Einmal sei er er ihr gegenüber so gewalttätig gewesen, dass er ihr die Hälfte ihres linken Ohrs abgebissen habe. Als er im Sterben lag und zu schwach war, sie zu schlagen, habe er seinem Bruder befohlen, dies für ihn zu übernehmen. Gabriela López, eine 24-jährige Frau aus der Dominikanischen Republik und Mutter von fünf Kindern, erklärte Human Rights Watch, sie sei durch wiederholte Vergewaltigungen durch ihren Mann mit HIV infiziert worden. Als ihr HIV-Test positiv ausfiel, ließ ihr Mann sie und ihre Kinder im Stich.

Aus Studien geht hervor, dass häusliche Gewalt zu erhöhten HIV-Infektionsraten beiträgt. Eine südafrikanische Studie zeigt wesentlich höhere HIV-Infektionsraten bei Frauen, die körperlich oder sexuell von ihren männlichen Intimpartnern misshandelt wurden.

Häusliche Gewalt trägt zu höheren HIV-Infektionsraten bei.

Missachtung des Eigentums- und Erbrechts von Frauen

In einigen Regionen, vor allem in Afrika südlich der Sahara, haben Frauen keine gleichen Eigentumsrechte.

- Viele Witwen können laut Gesetz und nach traditionellem Bräuchen kein Erbe antreten. Ihre Schwiegereltern nehmen ihnen ihren Besitz ab und vertreiben sie von ihrem Haus

und Grund.

- Auch geschiedene Frauen werden oft aus ihren Häusern vertrieben – ihnen bleibt nur das, was sie am Leibe tragen.

Für Frauen hängt das Eigentumsrecht grundsätzlich von ihrer Beziehung mit einem Mann ab. Wenn eine Beziehung endet, ist es leicht möglich, dass eine Frau ihr Haus, Grund, Vieh, Haushaltsgegenstände und anderes Eigentum verliert. Diese Diskriminierung ist die Folge von Bräuchen, die Männer gegenüber Frauen beim Eigentum von Sachwerten und Erbschaften bevorzugen. Die Benachteiligung wird aber durch die Politik der Regierungen und durch Gesetze noch verstärkt, die Frauen in Erbschafts- und Scheidungsangelegenheiten benachteiligen.

In Ländern wie Kenia, wo doppelt so viele Frauen wie Männer mit HIV infiziert sind, werden die Eigentumsrechte von Frauen durch die AIDS-Epidemie in noch stärkerem Ausmaß verletzt. Durch AIDS werden Millionen von Frauen früher Witwen, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind diese Frauen und ihre Kinder nicht nur mit dem Stigma behaftet, mit dem HIV-/AIDS-Infizierte zu kämpfen haben, sondern haben aufgrund der Verletzung ihrer Eigentumsrechte weitere Entbehrungen zu ertragen.

Imelda Orimba, eine an AIDS erkrankte Witwe in Kenia, erklärte Human Rights Watch, dass sie ihren Schwiegereltern nach dem Tode ihres Mannes mitteilte, dass sie AIDS habe und im Haus bleiben wolle. Sie nahmen ihr ihr Eigentum trotzdem weg. Imelda weiter: „Ich sagte meinen Schwiegereltern, dass ich krank bin . . . aber sie nahmen mir alles weg. Ich musste von vorne anfangen . . . Sie nahmen meine Wohnzimmereinrichtung, Haushaltsgegenstände, Kühe, eine Ziege und das Land. Ich fragte, „Warum nehmt ihr mir alles weg, nachdem ihr meinen Zustand kennt?“ Für meine Schwiegereltern existiert AIDS nicht. Sie sagten, dass mein Mann durch Hexerei starb.“

Durch die AIDS-Epidemie werden die Eigentumsrechte von Frauen in noch stärkerem Ausmaß verletzt.

Auch HIV/AIDS erkrankten Kindern, insbesondere Mädchen, wird ihre Habe weggenommen, wenn ihre Eltern krank sind oder sterben. Eine 17-jährige Waise in Zambia sagte Human Rights Watch, dass ihre Verwandten nach dem Tode ihres Vaters ihr alles weggenommen haben, sogar ihre Kleidung. „Ich durfte nicht mal einen Löffel behalten. Das waren die Verwandten meines Vaters.“ Als ihre Mutter starb, zog sie bei einem Onkel ein, der sie sexuell missbrauchte. Es wird befürchtet, dass er HIV-positiv ist.

Frauen verlassen gewalttätige Beziehungen nicht, da dies den Verlust ihrer Häuser und anderer Besitztümer bedeutet.

Geschiedenen und getrennt lebenden Frauen widerfährt kein besseres Schicksal. Viele Länder haben keine Gesetze, die die Vermögensteilung nach einer Scheidung regeln, so dass die Entscheidung Richtern oder traditionellen Autoritäten überlassen wird. Viele geschiedene Frauen haben Human Rights Watch gegenüber angegeben, dass sie aufgrund der Voreingenommenheit der Entscheidungsträger keine Hoffnung

haben, bei vermögensrechtlichen Ansprüchen zu gewinnen. Doch wenn Frauen bei einer Scheidung keine gleichen Rechte eingeräumt werden, ermöglicht dies häusliche Gewalt, die wiederum das HIV-Risiko erhöht. Frauen in Kenia und Uganda erklärten, dass ihre Beziehung mit gewalttätigen Männern nicht auflösen, weil dies den Verlust ihrer Häuser und anderer Besitztümer bedeuten würde.

Benachteiligende traditionelle Praktiken

Durch traditionelle Praktiken in einigen Gemeinschaften erhöht sich das HIV-Risiko für Frauen und Mädchen. Bräuche sind für die Identität einer Gemeinde wichtig und die Bewahrung von Traditionen und Brauchtümern wird durch die Menschenrechte unterstützt. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Rechte und der Gesundheit von Frauen und Mädchen geschehen. So wie diskriminierende Gesetze ergänzt werden müssen, um die Rechte der Frauen und Mädchen zu schützen, so müssen auch die traditionellen Bräuche geändert werden.

Brautpreis, Witwenerbe und rituelle sexuelle „Reinigungen“ sind traditionelle Praktiken, die durch HIV/AIDS gefährlicher sind.

Human Rights Watch hat die Gefahren traditioneller Praktiken im Zusammenhang mit HIV/AIDS dokumentiert, wie:

- Bezahlung eines Brautpreises,
- Witwenerbe und
- rituelle sexuelle „Reinigungen“.

Die Bezahlung eines Brautpreises stellt ein erhebliches Hindernis für Frauen dar, die versuchen, Beziehungen zu verlassen, in denen sie misshandelt werden. Der Brautpreis bringt die Wertschätzung der Brauteltern zum Ausdruck und kann die Beziehung zwischen den Familien stärken. Von vielen wird der Brautpreis allerdings als Kauf einer Ehefrau angesehen. Masturah Tibegwya, eine Frau aus Uganda, erklärte uns, „sie verstehen uns als Eigentum. Wenn der Mann also Sex will, kann die Frau nicht ‚Nein‘ sagen“. Aus einer in verschiedenen Regionen Ugandas durchgeführten Studie geht hervor, dass 62 Prozent der Befragten den Brautpreis als Hauptgrund für häusliche Gewalt ansehen. Männer würden ermutigt, ihre Frauen zu schlagen, „weil sie nicht den Vorstellungen entsprechen“. Durch diese Dynamik wird es Frauen auch unmöglich, Bedingungen für „Safer Sex“ auszuhandeln.

In einigen Regionen werden Witwen nach dem Tode ihres Mannes gezwungen, riskante sexuelle Praktiken auszuführen. Zu diesen Praktiken gehören „Witwenerbe“ (auch als „Ehefrauenerbe“ bekannt) und rituelle sexuelle „Reinigungen“. „Witwenerbe“ bedeutet, dass ein männlicher Verwandter nach dem Tod des Ehemannes die Witwe – oftmals in einer polygamen Familie – als Ehefrau übernimmt. Mit „Reinigung“ ist oftmals Sex mit einem Außenseiter der Gesellschaft verbunden, der von der Familie des verstorbenen Ehemannes bezahlt wird, angeblich um die Frau von den bösen Geistern des verstorbenen Ehemannes zu reinigen. In beiden Fällen wird kaum geschützter

Geschlechtsverkehr praktiziert, und oftmals findet Sex unter Zwang statt. Einige Frauen widersetzen sich zwar diesen Praktiken, viele geben jedoch nach, um in ihren Häusern bleiben und ihren Besitz behalten zu können. Wenn Frauen sich weigern, diese Praktiken auszuführen, kann dies zum Ausschluss aus der Gesellschaft oder zu Vergewaltigung führen. Wenn sie nachgeben, kann es zu HIV-Infektionen kommen.

Emily Owino, eine Witwe in Kenia, sagte uns, ihre Schwiegereltern hätten ihr kurz nach dem Tode ihres Mannes alles weggenommen, einschließlich landwirtschaftliche Geräte, Vieh, Haushaltsgegenstände und Kleidung. Sie bestanden darauf, dass sie „gereinigt“ werden müsse, indem sie – als Bedingung dafür, in ihrem Haus bleiben zu können – mit einem aus der Gesellschaft Ausgestoßenen Sex habe. Sie bezahlten einem Viehtreiber den Gegenwert von Euro 4, um mit Owino gegen ihren Willen und ohne Kondom Sex zu haben. Owino weiter: „Ich habe versucht, mich zu widersetzen, aber meine Schwiegereltern sagten, ich müsse gereinigt werden oder sie würden mich schlagen und aus meinem Haus vertreiben.“ Die Schwiegereltern haben sie letztlich ohnehin zum Auszug aus ihrem Haus gezwungen. Owino und ihre Kinder waren obdachlos, bis ihr jemand eine kleine Hütte mit undichtem Dach anbot. In weiterer Folge konnte sie das Schulgeld nicht mehr bezahlen und musste ihre Kinder aus der Schule nehmen.

Sexueller Missbrauch von Mädchen.

In vielen afrikanischen Ländern südlich der Sahara tritt HIV bei Mädchen unter 18 Jahren viermal so häufig auf als bei Jungen desselben Alters. Bei Eintritt des Todes durch AIDS ist das durchschnittliche Alter bei Mädchen niedriger. Diese Ungleichheit bei HIV-Infektion und Mortalität steht im direktem Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch. Körperliche, psychologische und wirtschaftliche Zwänge gehören zu den sexuellen Erfahrungen vieler Mädchen. Dennoch gewähren Regierungen keinen grundlegenden Schutz vor sexuellem Missbrauch, der die AIDS-Gefahr für Mädchen verringern würde.

Regierungen bieten keinen grundlegenden Schutz vor sexuellem Missbrauch.

Der sexuelle Missbrauch von Mädchen durch männliche Familienmitglieder wird oft verheimlicht, wobei die Behörden bei der Vertuschung helfen. In Zambia, wo nahezu 17 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren mit HIV infiziert sind, erzählten Mädchen Human Rights Watch von sexuellen Misshandlungen durch Onkel, Stiefväter, Väter, Cousins und Brüder. Waisenmädchen, die von den misshandelnden Personen abhängig sind, sagten, sie hätten Angst, jegliche Unterstützung zu verlieren, wenn sie über die Missbräuche sprechen würden. Ein 12-jähriges Mädchen erzählte Human Rights Watch: „Mein Onkel schlug mich mit Elektrokabeln. Bevor ich zu meinem Onkel und meiner Tante zog, lebte ich bei der Mutter meiner Halbschwester. Ihr Bruder ging regelmäßig mit mir in den Busch. Dann hat er mich vergewaltigt. Ich war acht oder neun Jahre alt. Ich hatte Angst. Er sagte, dass er mich

schlagen würde, wenn ich jemanden davon erzählte.“

HIV-Informationen und –Dienstleistungen: Mangelndes Feingefühl für Probleme von Frauen und Mädchen

HIV-Vorbeugungs-, Test- und Behandlungsprogramme nehmen bei der AIDS-Bekämpfung eine zentrale Stelle ein. Aus mangeldem Feingefühl gegenüber den Schwierigkeiten von Frauen und Mädchen wird die Lösung oft Teil des Problems.

Fehlgeleitete HIV-Politik und -Programme

Das HIV-Risiko ist direkt mit der Missachtung von Frauen- und Mädchenrechten verbunden, trotzdem wird dieser Zusammenhang von der AIDS-Politik und -programmen ignoriert. Ein einschlägiges Beispiel dafür sind die fehlgeleiteten HIV-Programme, die auf dem „ABC“-Ansatz aufbauen – „A“ für Abstinence (sexuelle Enthaltensamkeit), „B“ für be faithful (sei treu) und „C“ für Condoms (Kondome). Doch diese Programme vernachlässigen die Rechte von Frauen und Mädchen. Die ABC-Programme propagieren Verhaltensänderungen, die sich nicht auf die sozialen Realitäten beziehen. Sie beschränken die sexuelle Autonomie von Frauen und Mädchen und setzen sie dem Risiko der HIV-Infizierung aus. Was brutale Vergewaltigungen anbelangt, können viele Frauen und Mädchen keine **Enthaltensamkeit** üben. Sie können die Untreue ihrer Ehemänner nicht verhindern und haben nicht die Möglichkeit, in ihren von Gewalt gekennzeichneten Beziehungen auf die Verwendung von Kondomen zu bestehen. Sules Kiliesa, eine Witwe in Uganda, sagte Human Rights Watch, „mein Ehemann hat mich so verprügelt, dass er sich geschämt hat, mich zu einem Arzt zu bringen. Er hat mich zum Sex gezwungen und mich geschlagen, wenn ich mich geweigert habe . . . Selbst als er HIV-positiv war, wollte er noch Sex. Er weigerte sich, ein Kondom zu benutzen. Er sagte, er könne Süßigkeit nicht verpackt essen.“

Die HIV-Politik, die sich auf Heirat als Verhütungsfaktor (wie in den Programmen „Enthaltensamkeit bis zur Heirat“) konzentriert, schlägt ebenfalls fehl. In einigen Ländern ist die HIV-Infektionsrate bei verheirateten jungen Frauen höher als bei unverheirateten Frauen. Aus einer aktuellen Studie geht hervor, dass die HIV-Infektionsrate bei sexuell aktiven jungen Ehefrauen in Kenia und Sambia 10 Prozent höher ist als bei sexuell aktiven unverheirateten Mädchen. In den ländlichen Gebieten Ugandas sind – laut einer anderen Studie – 88 Prozent der jungen verheirateten Frauen HIV positiv. Aus einer anderen Besorgnis erregenden Studie in Sambia geht hervor, dass nur 11 Prozent der Frauen meinten, dass sie das Recht haben, ihre Ehemänner zu bitten, ein Kondom zu benutzen, selbst wenn diese nachweislich untreu und HIV-positiv sind.

In einigen Ländern ist die Infektionsrate bei verheirateten jungen Frauen höher als bei unverheirateten.

Beschämende HIV-Testpraktiken

Der HIV-Test ist der erste Schritt, um Unterstützung und Behandlung zu erhalten. Wenn diese Tests jedoch unter Missachtung der Menschenrechte der Frauen durchgeführt werden, können die Folgen katastrophal sein.

Frauen, deren HIV-Tests positiv sind, sind einem höheren Risiko ausgesetzt, Opfer häuslicher Gewalt und gesellschaftlicher Ächtung zu werden. Leider sagten viele Frauen, mit denen Human Rights Watch gesprochen hat, dass vertrauliche HIV-Testergebnisse ohne Zustimmung der Frauen weitergegeben würden. Darüber hinaus erzählten einige Frauen von absolut unzureichender Beratung vor und nach den HIV-Tests. In einigen Fällen führte das medizinische Personal, aus diskriminierenden Gründen, notwendige medizinische Behandlungen bei HIV-positiven Frauen nicht durch.

Ohne die richtigen Maßnahmen sind Frauen durch HIV-Tests weiterer Diskriminierung ausgesetzt.

Rosa Polanco, eine HIV-positive Frau aus der Dominikanischen Republik, erzählte Human Rights Watch, dass ihr Arzt, als sie wegen einer Lebererkrankung im Krankenhaus war, ihren Töchtern ohne ihre Zustimmung mitgeteilt habe, dass sie HIV-positiv ist. Als ihre Mutter davon erfuhr, zwang sie Rosa, das Haus zu verlassen, in dem sie zusammen mit ihren Eltern und Kindern wohnte. Da sie mittellos ist und in einem Land lebt, in dem viele Arbeitgeber Leute mit HIV nicht einstellen, musste Polanco in eine schäbige Holzhütte ziehen, die in einer gefährlichen, illegalen Siedlung liegt, ohne sanitäre Anlagen, Elektrizität oder fließendem Wasser.

Immer mehr Frauen haben die Möglichkeit, sich auf HIV testen zu lassen. Die Testrichtlinien weisen jedoch nicht eingehend darauf hin, wie wichtig es ist, die Rechte von Frauen zu schützen, indem diese über die Verschwiegenheitspflicht und ihre notwendige Einwilligung informiert werden. Es ist wichtig, dass die Testanbieter, die Folgen eines HIV-Tests genau erklären, um Frauen in ihren häuslichen und sozialen Gemeinschaft nicht zu gefährden. Außerdem muss eindeutig klargelegt werden, welche Beratung, Verschwiegenheitspflicht und Rechtsschutz mit diesen Tests einhergehen muss. Zumindest sollte durch diese Maßnahmen sichergestellt werden, dass Frauen wissen, welche Möglichkeiten ihnen offen stehen. Weiter müssen ihnen Mittel zur Verfügung stehen, um mit den Folgen eines negativen und eines positiven Testergebnisses umzugehen. Regierungen müssen jedoch sofort handeln, damit eine Verschwiegenheitspflicht vorhanden ist und eingehalten wird.

Vergewaltigungsoffern wird postexpositionelle Prophylaxe verweigert

Bei der postexpositionellen HIV-Prophylaxe (PEP) handelt es sich um eine kurzzeitige Behandlung mit Antiretroviren-Medikamenten, die nach einer Vergewaltigung verabreicht werden. Dadurch bedeutet eine

Durch PEP kann verhindert werden, dass

Vergewaltigung nicht unbedingt ein Todesurteil, da das Risiko einer HIV-Infektion durch einen HIV-positiven Vergewaltiger reduziert wird. In reichen Ländern ist PEP die Standardbehandlung für Vergewaltigungsopfer. In ärmeren Ländern wurde damit begonnen, Vergewaltigungsopfern PEP anzubieten, aber nicht ohne Probleme.

**Vergewaltigung
zum Todesurteil
wird.**

In Südafrika zum Beispiel ist ein effektives PEP-Programm wegen der erdrückenden AIDS-Epidemie und der schockierenden Zahl an Vergewaltigungsfällen dringend notwendig. Leider musste Human Rights Watch feststellen, dass die Tatenlosigkeit der Regierung und die Fehlinformation hoher Regierungsbeamter die Effektivität des Programms einschränken. Durch das Versäumnis der Regierung, geeignete Informationen und Schulungen über PEP anzubieten, tappen Dienstleistungsanbieter und Vergewaltigungsopfer oft im Dunkeln. Viele Vergewaltigungsopfer erhielten keine PEP-Behandlung, weil weder sie noch die Polizei oder Krankenpfleger, davon wussten. Armen Frauen und Mädchen und in ländlichen Gegenden lebenden Personen wurde oft der Zugang zu PEP völlig verweigert.

Ungleicher Zugang zu HIV-Behandlung

Da sich die Länder auf wesentlich umfangreichere Programme für die Antiretrovirenbehandlung (ARV) vorbereiten, ist es notwendig, diesen Prozess aufmerksam zu verfolgen, um sicherzustellen, dass Frauen und Mädchen gleichen Zugang zu ARVs haben. Aufgrund der weit verbreiteten Diskriminierung ist es wenig wahrscheinlich, dass Frauen die gleichen Möglichkeiten wie Männer haben, die Antiretrovirenbehandlung bezahlen zu können. Selbst wenn die Behandlung kostenlos ist, sind die Grundkosten, wie Diagnostiktest oder der Transport ins Krankenhaus, für Frauen unbezahlbar. In vielen Familien bestimmen die Männer, ob Frauen und Mädchen das Haus verlassen dürfen, um sich in Behandlung zu begeben. In einigen Ländern wurde festgestellt, dass wenn männliche und weibliche Familienmitglieder mit HIV infiziert und die Mittel knapp sind, die Männer zuerst behandelt werden. Wenn sich eine Frau einem Mann widersetzt und sich trotzdem behandeln lässt, kann dies zu Gewalttätigkeiten führen.

Viele Frauen in Uganda erzählten Human Rights Watch, dass Gewalt oder die Angst vor Gewalt sie davon abhält, sich HIV-/AIDS-Tests und -Behandlungen zu unterziehen. Etliche medizinische Dienstleister berichteten, dass viele Frauen heimlich zu ihnen kämen. Jane Nabulya, eine Frau aus Uganda, sagte, dass sie sich 1999 heimlich auf HIV testen ließ, als sie herausfand, dass ihr Mann AIDS hatte. Jane weiter: „Ich hatte Angst, ihm zu sagen, dass mein Test positiv war. Er sagte immer, ‚der Frau, die mich mit AIDS ansteckt, werde ich die Füße abhacken.‘ Ich habe es ihm nie gesagt.“

**Frauen, denen ihr
Erbe versagt wird,
können sich ARV-
Therapie nicht
leisten.**

In Kenia und Uganda berichteten Frauen Human Rights Watch, dass sie nicht zu HIV-Test- und Behandlungszentren gelangen konnten, da

sie kein Geld für die Fahrt oder die Behandlung hätten, sie zu verängstigt seien, gewalttätige Ehemänner um Geld zu bitten oder sie das Haus nicht verlassen durften. Rebecca Samanya sagte uns: „Ich begab mich in Beratung, als er [ihr Ehemann] verstorben war. Ich wollte vorher gehen, hatte aber kein Geld. Ich wollte ihn nicht fragen. Er hätte Ärger gemacht.“ Viele Witwen sagten uns, dass sie kein Geld zum Überleben und schon gar nicht für eine Antiretrovirenthherapie oder andere medizinische Behandlungen hätten, nachdem sie ihr Erbe nicht erhalten und ihnen ihr Eigentum von gierigen Schwiegereltern abgenommen wurde.

Schlussfolgerung

Die ungleich hohe Auswirkung von AIDS auf Frauen ist kein Zufall. Es ist die direkte Folge der verbreiteten Missachtung ihrer Menschenrechte. Trotz des zunehmenden Konsens, dass es sich bei HIV/AIDS um eine Frauenrechtsfrage handelt, wird wenig unternommen, um Gesetze, die Frauenrechte verletzen, zu ändern. Diskriminierende Praktiken setzen Frauen der Gefahr aus, sich mit HIV/AIDS zu infizieren, und erschweren ihnen den Zugang zu HIV-Informationen und medizinischer Versorgung.

Die Bekämpfung der Rechtsverletzungen, durch die Frauen und Mädchen dem HIV-Risiko ausgesetzt werden, ist unerlässlich, um die AIDS-Krise aufzuhalten. Konkrete Maßnahmen sind dringend erforderlich und hätten sofortige und langfristige Auswirkungen. Die Regierungen müssen mit Hilfe von Spendern und internationalen Organisationen sofort handeln, um die Verletzungen der Rechte von Frauen und Mädchen zu stoppen, die die AIDS-Epidemie anheizen.

Empfehlungen

Human Rights Watch fordert alle Regierungen, Spender und internationalen Organisationen auf, die Ungleichheit der Geschlechter als eine Verletzung als solche und als zentrales Element der HIV-/AIDS-Politik und -Programme anzusprechen. Zu den wichtigen ersten Schritten gehören unter anderem:

Regierungen

- **Gesetzesreform:** Reformgesetze, um Frauenrechte zu schützen, insbesondere in folgenden Bereichen:
 - Erbschaft
 - sexuelle Gewalt
 - häusliche Gewalt und Vergewaltigung durch den Ehemann
 - Ehe
 - Vermögensteilung im Scheidungsfall
 - Landnutzung und -eigentum
 - Zugang zu Wohnraum und Sozialdiensten
- **Programmreform:** Implementierung von Programmen, die

Rechtsverletzungen, die Frauen und Mädchen Risiken ausgesetzt, müssen bekämpft werden, um die AIDS-Krise aufzuhalten.

- darauf ausgerichtet sind, die Verletzungen von Frauenrechten anzusprechen und die Durchsetzung zu verbessern. Dazu gehören:
- Gewährleistung, dass in den nationalen HIV-/AIDS-Programmen konkrete Maßnahmen enthalten sind, um die Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.
 - Schulungsmöglichkeiten für Richter, Polizei und andere Beamte zu Frauenrechten
 - verbesserte Datenerfassung über häusliche Gewalt, Eigentumsrechte von Frauen und sexuellen Missbrauch von Mädchen
 - Einrichtung von ARV-Verteilungssystemen, die die Probleme, mit denen Frauen und Mädchen zu tun haben, berücksichtigen, damit ihre Behandlung gewährleistet werden kann.
 - Gewährleistung der Verschwiegenheit. Schutz vertraulicher HIV-Testergebnisse und anderer vertraulicher Patientendaten
- **Aufklärung der Öffentlichkeit:** Durchführung von Kampagnen zum Thema Frauenrechte. Verteilung von Informationen in den regionalen Sprachen und die Verwendung geeigneter Medien. Die zu behandelten Themen:
 - Recht auf Erbschaft und Teilung des Familienvermögens
 - Aufsetzen von Testamenten
 - Eintragung von Eheschließungen
 - Eintragung von Vermögen auf beide Ehepartner
 - Gesundheitsrisiken üblicher sexueller Praktiken in Verbindung mit Eigentumsrechten
 - Verhinderung häuslicher Gewalt und die Möglichkeit, Hilfe zu holen, falls Gewalt passiert.

Spender und internationale Organisationen

- **Hilfestellung:** Spenderorganisationen müssen NGOs und Regierungsinitiativen unterstützen, Frauenrechte zu propagieren. Dazu sollten unter anderem Initiativen gehören, die Folgendes bieten:
 - rechtliche Beratungsdienste
 - Unterkunft
 - Ausbildungshilfe
 - Nahrungsmittel und medizinische Pflege (einschließlich ARVs)
 - Ausbildungsprogramme zum Thema Vermögensrechte von Frauen, häusliche Gewalt und sexueller Missbrauch

- Kredite für Landerwerb
- Berufliche Ausbildung und Verdienstmöglichkeiten
- Schulung amtlicher Stellen zum Thema Frauenrechte
- **Politischer Einfluss:** Spender und internationale Organisationen müssen Regierungen aktiv dazu auffordern, Gesetze und Richtlinien zum Schutz von Frauenrechten zu verabschieden und anzuwenden. Sie sollten ihren einzigartigen Einfluss dazu nutzen, Programme in Frage zu stellen, die keine Gleichbehandlung der Geschlechter gewähren. Sie müssen Druck ausüben, sodass Menschenrechte geachtet werden, damit Frauen und Mädchen keinem ungleich hohen HIV-Risiko ausgesetzt sind und die Möglichkeit haben HIV-Behandlungen in Anspruch zu nehmen.

Auf der Webseite von Human Rights Watch www.hrw.org können weitere Berichte über Frauenrechtsverletzungen und die Zusammenhänge mit HIV/AIDS gratis heruntergeladen werden.

Folgende Studien wurden für diesen Bericht als Grundlage verwendet:

- *A Test of Inequality: Discrimination against Women Living with HIV in the Dominican Republic* (July 2004)
- *Deadly Delay: South Africa's Efforts to Prevent HIV in Survivors of Sexual Violence* (March 2004)
- *Policy Paralysis: A Call for Action on HIV/AIDS-Related Human Rights Abuses against Women and Girls in Africa* (December 2003)
- *Just Die Quietly: Domestic Violence and Women's Vulnerability to HIV in Uganda* (August 2003)
- *Double Standards: Women's Property Rights Violations in Kenya* (March 2003)
- *Suffering in Silence: The Links between Human Rights Abuses and HIV Transmission to Girls in Zambia* (November 2002)

Für alle in diesem Bericht zitierten Frauen wurden Pseudonyme verwendet, um ihre Identität zu

Dieser Bericht wurde erstellt von Janet Walsh, stellvertretende Leiterin der Frauenrechtsabteilung. LaShawn R. Jefferson, Marianne Mollmann, Jonathan Cohen, Rebecca Schleifer, Zama Coursen-Neff, James Ross und Joe Saunders überprüften den Inhalt. Als Grundlage dienten früher veröffentlichte Arbeiten von Human Rights Watch. Erin Mahoney, Andrea Holley, und Fitzroy Hepkins assistierten bei der Produktion. Von Rafael Jimenez stammt das grafische Design. Wir danken den Hunderten Frauen und Mädchen, die so mutig waren und ihre Erfahrungen mit uns teilten. Wir wollen auch folgenden Organisationen für ihre finanzielle Unterstützung danken: Lisbet Rausing Charitable Trust, Sigrid Rausing Foundation, Dobkin Family Foundation, Moriah Fund, Libra Foundation, Oak Foundation, Streisand Foundation, Schooner Foundation, Banky-LaRocque Foundation, Underdog Fund of the Tides Foundation und den Mitgliedern des Beratungskomitees der Frauenrechtsabteilung.